Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., vierteljährlich 5.85 M., einschließlich Bestellgeld 1.95 M. Postbezug 1.95 M. Postzeitungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12767. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 57 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 15 | Dresden, Sonnabend, den 18. Januar 1930 | 41. Jahrgang

Der Kampf um die Flotten

Die Konferenz der Mächte zur Begrenzung der Seerüstungen

Am Montag beginnt in London die von Macdonald angeregte **Konferenz zur Einschränkung der Flottenrüstungen.** Sie war ursprünglich nur als Verständigungskonferenz zwischen England und Amerika gedacht, ist aber dann erweitert worden. An ihr nehmen teil: England, Amerika, Frankreich, Italien, Japan. Amerika entsendet seine führenden Köpfe, insgesamt über 100 Personen; Frankreich schickt nicht weniger als vier Minister (Tardieu, Briand, Kolonialminister Piétri und Marineminister Georges) und eine Delegation von 80 Personen; Mussolini sendet seinen sogenannten Außenminister Grandi und eine starke Delegation; Japan ebenfalls.

Den Verhandlungen liegt noch kein festes Programm vor. Man weiß noch nicht, ob man ein festes Abkommen unter den fünf Mächten treffen will, oder ob man nur eine Vorverständigung für eine Gesamtabrüstungskonferenz des Völkerbundes erzielen will. England will das erstere, Frankreich strebt das letztere an. Ist noch unklar, in welcher Form man vorgehen will, so ist noch viel unbestimmter: über was man sich verständigen möchte. Ob eine Rüstungspause eingelegt werden soll und welche Teile die Rüstungspause zu umfassen hätte und wie lang sie sein solle, steht dahin. Dann ist die Kreuzerfrage. Soll man nur die Gesamttonnage festlegen oder Einzelbestimmungen treffen? Und die brennlichte U-Bootfrage! Frankreich besteht auf U-Booten, so heißt es. Und schließlich die Rivalität der Mächte im Mittelmeer. Hier will Mussolini Ansprüche stellen.

Die Flottenkonferenz hat kritische Tage vor sich — und wer weiß, ob überhaupt eine irgendwie bemerkenswerte Verständigung zu erzielen sein wird.

•

Mussolinis erster Bluff!

8. **London**, 18. Januar. (Eig. Funkspruch.) Mussolini beabsichtigt nach einer Genfer Meldung des Daily Herald, bei der offiziellen Eröffnung der Flottenkonferenz einen großen Theatercoup springen zu lassen. Der italienische Delegierte, Minister Grandi, wird nach dieser Information die Erklärung abgeben,

„daß Italien bereit sei, praktisch seine ganze Flotte aufzugeben, falls die anderen Regierungen sich anschließen".

Dieser Vorschlag geht angeblich von der Erkenntnis Mussolinis aus, daß Italien unter jedem Schlüssel, der in London für den Flottenbau beschlossen werden könnte, die schwächste Macht bleiben werde und von einer allgemeinen wesentlichen Abrüstung zur See nur zu gewinnen und nicht zu verlieren habe.

Der Faschismus will also in London denselben verblüffenden Trick machen, den der Bolschewismus in Genf machte: Weg mit allen euern Rüstungen, dann rüsten auch wir ab! Agitationskomödie.

•

Um die Freiheit der Meere

Von Kapitänleutnant v. Baumbach

Wenn in der bedeutungsvollen Frage der Flottenabrüstung endlich eine neue lebendige Entwicklung eingetreten ist, so ist dies der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei in England zu danken.

Der tiefste Grund, aus dem die weltgeschichtliche Flottenrivalität Englands und Amerikas entstanden ist, liegt in dem mehr als ein Jahrhundert alten Streit um die Freiheit der Meere. Diesen Begriff, der die Unverletzlichkeit neutralen Gutes auf See und in weiterem Sinne die Unverletzlichkeit des gesamten, auch feindlichen Privateigentums auf See, mit Ausnahme des Kriegsmaterials, umschließt, stellten sich die Vereinigten Staaten von Amerika unmittelbar nach der Entstehung ihres Staatswesens und nach ihrer Anerkennung durch England zum seepolitischen Ziel. An diesem politischen Ziel haben die Vereinigten Staaten im ganzen 19. Jahrhundert unentwegt festgehalten. Im Weltkriege haben sie es als Kriegsziel verkündet. Wilson nahm es in die berühmten 14 Punkte auf. Die zähe und leidenschaftliche Ablehnung, die England 1919 dieser Forderung entgegensetzte, veranlaßte die Vereinigten Staaten, die politische Methode zu wechseln. Anstatt mit diplomatischen Verhandlungen, wie bisher, ging Amerika dazu über, das alte Ziel mit einem Wettrüsten weiter zu verfolgen, das alles bisherige in den Schatten stellte und die Sicherung der seerechtlichen Auffassungen mittels einer starken Kriegsflotte, die keiner andern unterlegen sei, im Auge hatte. Die Vereinigten Staaten erreichten auf diese Weise, daß England schließlich in Verhandlungen einwilligte, die 1921 in Washington geführt wurden und die Anerkennung der Parität der amerikanischen Flotte in der wichtigsten Schiffsklasse, den Großkampfschiffen, als Ergebnis zeitigten.

Es folgte freilich das Bestreben Englands, sich die alte Ueberlegenheit durch Ausbau der übrigen Schiffsklassen zu sichern, so entstand eine scharfe politische Spannung zwischen England und Amerika.

Der Mut, mit dem die neue britische Regierung mit dieser verfahrenen Lage ein Ende machte, und die Geschicklichkeit, mit der sie neue Beziehungen und neue Freundschaft mit Amerika anknüpfte, sind nicht zu bestreiten, zumal von ihr bisher keine Position preisgegeben wurde, die nicht bereits unwiederbringlich verloren war. Sie hat die Parität mit Amerika in allen Schiffsklassen anerkannt, lediglich mit einem Vorbehalt in der Kreuzerklasse, der dem weitverzweigten Netz britischer Schiffahrtslinien Rechnung tragen soll. Sie macht gleichzeitig den Versuch, das Verbot des Unterseebootkrieges, das 1921 in Washington nicht zu erreichen war, durchzusetzen, und wird ohne Frage hierfür eine günstigere Konstellation vorfinden. In den strittigen Seerechtsfragen, die die Quelle der ganzen Rivalität darstellen, hat sie sich aber zum Handeln noch nicht entschließen können. Die Amerikaner werden aber ihr ursprüngliches Ziel, die Freiheit der Meere zu erreichen, nicht aufgeben. Der Vorschlag Hoovers am Waffenstillstandstage, die Unverletzlichkeit der Lebensmittelschiffe im Kriege anzuerkennen, erweist, daß auch der amerikanische Präsident das seerechtliche Ziel nicht außer Augen läßt.

Die ganze Welt würde von einer Anerkennung der Freiheit der Meere Vorteile erfahren. Ein großer Teil der Seerüstungen könnte abgebaut werden, da der Schutz der Handelswege und Handelsinteressen, dem sie dienen, überflüssig würde und einem Polizeischutz Platz machen könnte. Alle kleineren seefahrenden Nationen, nicht zuletzt Deutschland mit seinem ungeheuren, ungeschützten Ueberseehandel, würden von der Freiheit der Meere größten Nutzen ziehen. Es stellt sich hier der britischen Arbeiterregierung eine weltgeschichtliche Aufgabe, deren Lösung von niemand als von ihr erwartet werden kann. Ob sie die Schwierigkeiten und Widerstände zu meistern versteht, die ihr entgegenstehen, das werden die nächsten Jahre erweisen.

Der Balkan an der Kette

Von Hermann Wendel

Da in dem Trachtenfestzug, durch den dieser Tage in Rom die Hochzeit des italienischen Kronprinzen mit der belgischen Prinzessin gefeiert wurde, wie vor dem Triumphwagen römischer Cäsaren auch Vertreter der unterworfenen Völker schritten, Griechen von der Zwölfinselgruppe und Araber aus der lybischen Wüste, hätten von Rechts wegen die weißen Kappen der Albaner nicht fehlen dürfen. Denn zum mindesten seit dem Vertrag von Tirana, also seit mehr als drei Jahren, ist Albanien ein italienisches Protektorat, eine italienische Kolonie, politisch und wirtschaftlich.

Das Politische steht allerdings voran, da Albanien der faschistischen Ausdehnungspolitik nach dem Balkan hin als Bastion dient. Albanien grenzt an Dalmatien, und nach Dalmatien starrt nach wie vor der Imperialismus Mussolinis als dem „andern Gestade", dessen Besitz die Adria zu einem italienischen Binnensee machen würde. Zwar ist Dalmatiens Bevölkerung in der Wolle gefärbt südslawisch. Serben und Kroaten füllen das Gefäß bis zum Rande, und kaum ein dünner Bodensatz ist italienisch, aber was tut's! Die faschistische Presse paukt unverdrossen ihren gutgläubigen Lesern die Lüge ein, daß Dalmatien italienisches Gebiet sei, wider göttliches und menschliches Recht dem Mutterland entrissen und eines Tages mit der Gewalt der Waffen wiederzuholen. Eine Probe? „Zwischen uns und Südslawien", schrieb vor kurzem Giornale del Friuli, „liegt nichts anderes als das durch und durch italienische Dalmatien. Zwar bestehen internationale Verträge, die Italien unterschrieben hat, aber gründlich täuscht sich, wer glaubt, daß Verträge, die Südslawien einen Teil der östlichen Adriaküste zusprechen, im Herzen der Italiener die leidenschaftliche Begierde nach Dalmatien einschläfern könnten!" Wenn es eine Hetze gibt, geeignet, die Ruhe Südosteuropas zu stören und damit den Frieden des ganzen Erdteils zu gefährden, so ist es diese.

Nebenbei aber gerät Albanien auch immer mehr unter die wirtschaftliche Oberhoheit Italiens. Der Warenhunger eines auf so niedriger Zivilisationsstufe verharrenden Landes ist nicht derart übermäßig, als daß er nicht von den weit entwickelteren balkanischen Nachbarstaaten Südslawien und Griechenland befriedigt zu werden vermöchte; aber während auf jeden von beiden kaum ein Zwanzigstel der albanischen Einfuhr entfällt, besorgt Italien über die Hälfte des albanischen Imports. Das liegt nicht nur daran, daß die italienische Wirtschaft, vom Staat unterstützt, sich in allen Poren des albanischen Lebens festzusetzen sucht, eine rührige

Mobilisation und Anleihe

N. **Haag**, 18. Januar. (Eig. Funkspruch.)

Das große „Mobilisierungswerk" ist vollendet. Am Freitag abend ist es nach achttägigem Ringen endlich gelungen, zwischen Deutschland und Frankreich eine vertragliche Vereinbarung über die Frage der Kommerzialisierung der deutschen Schuld unter Berücksichtigung der deutschen Anleihewünsche zu treffen. Es handelt sich um eine Kombination der Mobilisierung der Reparationsanleihe mit einer Anleihe der deutschen Reichsbahn und der Reichspost. Eine der Hauptschwierigkeiten, die zu überwinden waren, bestand darin, daß weder die Reichspost noch die Reichsbahn verpfändet werden durften.

In Aussicht genommen ist die Mobilisierung der Schuld von 300 Millionen Dollar, gleich 1260 Millionen Mark. Davon soll Deutschland ein Drittel erhalten, so daß rund 400 Millionen Mark, also vier Fünftel des ursprünglich von der Reichsbahn und der Reichspost gewünschten Anleihebetrages von 500 Millionen Mark erreicht werden dürfte. Falls sich gegen diese Form der deutsch-französischen Zusammenarbeit irgendwelche Widerstände bei dem amerikanischen Geldgeber Morgan ergeben sollten, verpflichten sich die Parteien, eine andre Form der Zusammenarbeit zu finden.

Ein entsprechender Passus ist auf Anraten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorgeschlagen und von der französischen Delegation angenommen worden. In der vertraglichen Vereinbarung wird weiter bestimmt, **daß Deutschland weder für das Reich noch für die Reichsbahn oder für die Reichspost vor dem 1. Oktober 1930 eine langfristige äußere Anleihe aufnehmen darf.** Sollte die Bank für Internationale Zahlungen im Oktober erklären, daß der internationale Markt für die Mobilisierungsanleihe noch nicht aufnahmefähig sei, dann würde die Verpflichtung Deutschlands bis zum 1. April 1931 laufen.

Der französische Ministerpräsident Tardieu betonte am Freitag abend vor der ausländischen Presse, daß **die neueste deutsch-französische Vereinbarung über die Mobilisierungsfrage von größter grundsätzlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder sei.** Aus den gleichen Gründen unterstreicht man auch innerhalb der deutschen Delegation den Wert der Abmachung. Am Freitag abend um 10 Uhr traten übrigens die Juristen zusammen, um die Vereinbarung über die Mobilisierungsfrage in juristische Form zu kleiden. Diese schwierige Arbeit wurde erst in den frühen Morgenstunden vorläufig beendet. Dennoch wird die Konferenz nicht heute, sondern erst am Montag abgeschlossen werden.

Im Verlauf des heutigen Tages soll u. a. noch das Problem der Ostreparationen in Angriff genommen und möglichst geklärt werden.

•

Reichsmacht über Reichsbank

N. **Haag**, 17. Januar. (Eig. Drahtb.)

Von besonderer Wichtigkeit ist die grundsätzliche Einigung über eine Abänderung des Reichsbankstatuts, die wenigstens zum Teil den Forderungen der Sozialdemokratie entspricht und die den Weg für später etwa notwendig werdende Maßnahmen öffnet. Es wird danach bestimmt,

daß es Deutschland, d. h. der Regierung und dem Reichstag, offensteht, Abänderungen des Reichsbankgesetzes, auch hinsichtlich der international gebundenen Bestimmungen, vorzunehmen.

Solche Aenderungen treten automatisch in Kraft, wenn nicht der Sonderausschuß der Bank für Internationale Zahlungen dagegen Einspruch erhebt. Erfolgt ein solcher Einspruch, dann entscheidet das im Young-Plan vorgesehene Internationale Schiedsgericht.

Man braucht gewiß nicht die praktische Tragweite dieser neuen Bestimmung zu überschätzen, denn es wird darauf ankommen, daß man von ihr Gebrauch macht, und das wird eine innerpolitische Machtfrage sein. Wichtig ist jedoch, daß nunmehr der bisher völlig versperrte Weg von einem seiner größten Hindernisse befreit worden ist und daß im Ernstfalle das deutsche Volk die Möglichkeit haben wird, seinen politischen Willen gegen eine etwaige Nebenregierung des Finanzkapitals durchzusetzen.

Es sei besonders unterstrichen, daß eine der maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Delegation diese Errungenschaft heute dahin gekennzeichnet hat, **daß Deutschland durch diese neue Bestimmung wenigstens einen Teil seiner Souveränitätsrechte in bezug auf die Reichsbank wiedererlangt hat.** Wir werden an dieser richtigen Charakterisierung gegenüber allen Verdrehungs- und Ablenkungsversuchen festhalten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300118/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG